Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Gäbe es einen ökonomischen Lügendetektor …
2. Medienbericht: USA wussten, dass die Offensive in der Ukraine scheitern würde
3. Werk in Russland verramscht: Volkswagen legt den Preis und die Verluste offen
4. OECD zeigt, dass sie Steuerflucht der Konzerne nicht bekämpft, sondern verteidigt
5. »Herr Baab, Sie bekommen hier kein Bier!«
6. Rechnungshof rügt Bundesregierung
7. Europas Gefängniswärter
8. Getreide-Export aus der Ukraine: Geht der EU das Geld für weitere Hilfen aus?
9. Chinesisches Militär brüskiert Einladung zur Verteidigungskonferenz, sagt US-Admiral
10. Ernster Warnschuß aus Peking
11. Die nächste Aggression, die die USA gegen Venezuela vorbereiten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gäbe es einen ökonomischen Lügendetektor …**
   Ein Viertel der Beschäftigten verdienen Armutslöhne unterhalb der europäischen Mindestlohnrichtlinie. Energie war vor Corona und dem Ukraine-Krieg für die deutsche Wirtschaft billig, und die Exportüberschüsse waren zuvor stetig hoch. Richtiger wäre jedoch zu sagen, dass die UNZUREICHENDEN öffentlichen Investitionen, etwa in eine dezentralere Energieversorgung, und die hohe Exportabhängigkeit die deutsche Wirtschaft anfälliger für Schocks gemacht haben. Die Ampel behauptet, die aktuelle Rezession habe nichts mit der Kürzungspolitik zu tun, da diese noch nicht einmal greife. Richtig ist: Die Rezession ist auch Ausdruck des Wirtschaftskrieges und der gestiegenen Energiepreise.
   Ich habe die Wirksamkeit mancher Sanktionen frühzeitig angezweifelt und die Auswirkungen auf die ökonomische Stimmung und die Investitionsbereitschaft betont. In einer Rezession die Staatsausgaben zu kürzen bedeutet, dass dem Privatsektor Einnahmen entzogen werden. […]
   Quelle: Fabio Di Masi via Twitter
2. **Medienbericht: USA wussten, dass die Offensive in der Ukraine scheitern**

würde
Biden-Regierung sei klar gewesen, dass die Ukraine keine Chance hat, heißt es im Wall Street Journal. Warum warnte man Kiew dann nicht? Und wenn der Krieg nicht zu gewinnen ist, was folgt daraus?
Einem neuen Bericht des Wall Street Journal zufolge wussten die USA, dass den ukrainischen Streitkräften die für eine erfolgreiche Gegenoffensive erforderliche Ausbildung und Bewaffnung fehlte, was sie jedoch nicht daran hinderte, die Offensive fortzusetzen.
In dem Bericht heißt es, dass westliche Militärs "hofften, der ukrainische Mut und Einfallsreichtum würden sich durchsetzen", aber egal wie mutig und einfallsreich eine Armee auch sein mag, sie kann nicht in die Offensive gehen und siegen, wenn sie unzureichend versorgt und vorbereitet ist.
Wenn es unwahrscheinlich war, dass die ukrainische Gegenoffensive nennenswerte Erfolge erzielen würde, und Washington guten Grund hatte, das im Voraus zu erwarten, stellt sich die wichtige Frage, warum die USA nicht mehr unternommen haben, um die Bemühungen, die jetzt ins Stocken geraten zu sein scheinen, zu unterbinden.
Wenn "Kiews Truppen nicht über die Masse, die Ausbildung und die Ressourcen" verfügen, um eine erfolgreiche Offensive zu starten, wie es in dem Bericht heißt, dann deutet es stark darauf hin, dass die USA die ukrainische Regierung vor einem solchen Versuch hätten warnen müssen.
Quelle: Telepolis

3. **Werk in Russland verramscht: Volkswagen legt den Preis und die Verluste offen**
Der deutsche Autokonzern hat im Mai sein Werk und die Strukturen an einen lokalen Investor in Russland verkauft. Nun macht Volkswagen Details dazu bekannt.
Es war bisher eine Vermutung, was das Werk in Kaluga sowie andere Strukturen der VW-Gruppe den neuen russischen Besitzer gekostet haben. Nun bestätigt der VW-Konzern in seinem neuen Geschäftsbericht: Der Verkaufspreis hat 125 Millionen Euro betragen. […]
Aus der Entkonsolidierung der betroffenen Gesellschaften ergibt sich laut dem VW-Bericht ein Verlust in Höhe von 400 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2023. Den Verlust erklärt der Konzern im Wesentlichen mit der Realisierung von „Währungsumrechnungseffekten" in Höhe von 300 Millionen Euro.
Quelle: Berliner Zeitung
4. **OECD zeigt, dass sie Steuerflucht der Konzerne nicht bekämpft, sondern verteidigt**
Der Industrieländerclub OECD, der vorgibt, DIE Institution zu sein, die die

grassierende Steuerflucht der Großkonzerne in Steuerparadiese bekämpft, hat dafür gesorgt, dass ein australisches Gesetz drastisch entschärft wurde. Es sollte in Australien tätige Großkonzerne wie Apple, Microsoft und Alphabet, zwingen, offenzulegen, wo sie wie viel Steuern zahlen. Die wahren Farben der OECD werden dadurch sichtbar.
Mit dem vorgesehenen Gesetz der australischen Labour-Regierung wären steuerflüchtige Konzerne weltweit unter starken Druck der Öffentlichkeit gekommen. Der Wert wertvoller Marken globaler Konzerne, die wenig Steuern zahlen, und das vor allem in Steueroasen, hätte gelitten. Was also tut die OECD, die vermeintlich führende Kämpferin gegen (Steuer-)"Basiserosion und Profitverlagerung", nach dem englischen Kürzel BEPS genannt? Sie übt Druck auf die Regierung aus, damit diese das Veröffentlichungserfordernis streicht – erfolgreich.
Ich berichte das, obwohl es schon ein paar Wochen her ist, weil zwar die Financial Times darüber geschrieben hat, ich aber in der deutschen Medienlandschaft nichts dazu gefunden habe (was an mir liegen kann).
Weil das Ruchbarwerden des Vorfalls ziemlich peinlich für die OECD ist, war deren Generalsekretär, Mathias Cormann, umgehend mit einem Dementi zur Hand. Pikanterweise war Cormann Finanzminister in der früheren konservativen australischen Regierung.
Cormanns Dementi lautet (übersetzt):
„Medienberichte über das Wochenende, wonach die OECD Australien gedrängt hat, ein geplantes Gesetz gegen multinationale Steuervermeidung zu entschärfen, sind falsch."
Dieses harte Dementi entlarvt er dann gleich selbst als Lüge, indem er rechtfertigt, warum die OECD genau das getan hat, was er leugnet. Er schreibt, dass ein technisches Team der OECD festgestellt habe, dass die Gefahr bestand, dass das geplante Gesetz zur Multinationalen Steuertransparenz unbeabsichtigterweise die „konzertierten globalen Bemühungen zur Bekämfung der Steuervermeidung unterminieren und schwächen würde". Außerdem habe das Team festgestellt, dass das Gesetz, so wie im Entwurf formuliert, die Umsetzung der globalen Mindeststeuer behindert hätte.
Wie wenig das Herz des wirtschaftsliberalen OECD-Generalsekretärs an der Bekämpfung der Steuerflucht der Konzerne hängt, sieht man daran, dass er unter seinen fünf wichtigsten Zielen, die er bei Amtsantritt verkündete, keines listete, das mit Bekämpfung der Steuerflucht zu tun hatte.
Quelle: Norbert Häring

5. **»Herr Baab, Sie bekommen hier kein Bier!«**
Der Journalist Patrik Baab wurde von der Christian-Albrechts-Universität (CAU) in Kiel

entlassen, weil er der Pressefreiheit nachging. Das Gerichtsverfahren gegen die Beendigung der Zusammenarbeit hat er gewonnen. Wie geht es jetzt weiter?
Quelle: Overton

6. **Rechnungshof rügt Bundesregierung**
   Geld ausgeben – aber die Wirkung nicht kontrollieren: Ministerien und Behörden des Bundes haben häufig kaum Ahnung, ob sie mit den eingesetzten Steuermitteln die gewünschten Ziele erreichen.
   Der Bundesrechnungshof (BRH) wirft der Bundesregierung schwere Verstöße gegen das Haushaltsrecht vor. Entgegen den Vorgaben kontrollierten die Ministerien und Behörden nicht ausreichend, ob ihre vergebenen Mittel überhaupt die gewünschten Ziele erreichten, schreibt der BRH in einem bisher unveröffentlichten Bericht. […]
   Das Verkehrsministerium könne etwa nicht angeben, »ob es seine Ziele und damit den angestrebten Mehrwert für die Gesellschaft erreichen konnte«. […] Ähnlich scharf urteilten die Prüfer über die insgesamt 264 Veränderungen in der Organisation von Bundesbehörden, die in dem Bericht untersucht wurden. Bei 87 Prozent der Vorhaben wurde laut dem Bericht nicht kontrolliert, ob die Maßnahmen auch funktionierten.
   Dem Bericht ist deutliche Irritation darüber anzumerken, wie die zuständigen Stellen ihr Versagen rechtfertigten. Einige verwiesen auf »fehlende fachliche Kompetenzen«. Andere hätten angemerkt, dass der Kontrolle ohnehin nur eine geringe Bedeutung beigemessen werde, intern wie extern.
   Quelle: SPIEGEL
7. **Europas Gefängniswärter**
   Tunesien soll zukünftig die Abschottungspolitik der EU betreiben. Doch der neue Deal hilft weder den Migranten in Not noch bekämpft er Fluchtursachen. […]
   Als Reaktion auf diese dramatische Gesamtsituation haben die EU und Tunesien sich auf ein „Memorandum of Understanding über eine strategische und umfassende Partnerschaft“ verständigt, das am 16. Juli 2023 in Tunis unterzeichnet wurde. Die Absichtserklärung sieht eine engere Zusammenarbeit in fünf Bereichen vor: makroökonomische Stabilität, Wirtschaft und Handel, Umstieg auf umweltfreundliche Energien und Förderung der Völkerverständigung. Das Herzstück der Übereinkunft, über deren Modalitäten und Umsetzung noch keine Einzelheiten bekannt sind, ist jedoch das Thema Migration. Insgesamt könnte Tunesien bis zu einer Milliarde Euro an Finanzhilfen erhalten. Die größte Tranche – 900 Millionen Euro als makroökonomische Hilfe – wird allerdings nur ausgezahlt, wenn Tunesien ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzeichnet. Dieses wird jedoch seit über einem Jahr vom Präsidenten blockiert.
   Die Übereinkunft zwischen der Europäischen Kommission und dem tunesischen Präsidenten Kais Saied kann bis dato weder als erfolgreich noch als gescheitert

verstanden werden. Denn alles wird davon abhängen, wie diese Übereinkunft umgesetzt wird. Eines ist aber jetzt schon sicher: Sie liefert keine nachhaltige Antwort auf die Situation der Migrantinnen und Migranten, die Tunesien passieren oder die dort leben. Das Abkommen ändert auch nichts an den Fluchtursachen.
Quelle: IPG

8. **Getreide-Export aus der Ukraine: Geht der EU das Geld für weitere Hilfen aus?**
Kiew möchte mehr Geld aus Brüssel für den Transport von Getreide. Doch dort verweist man auf knappe Kassen. Nimmt die Solidarität mit der Ukraine ab? […]
Das berichtete Reuters am Donnerstag unter Berufung auf ein entsprechendes Schreiben des ukrainischen Landwirtschaftsministeriums vom 21. Juli dieses Jahres. Darin schätzt die Regierung in Kiew, dass die Solidaritätsrouten Mehrkosten von 30 bis 40 US-Dollar pro Tonne verursachen könnten. Sollte die Europäische Union diese Transporte jetzt finanzieren, könnten ihr monatliche Mehrkosten von bis zu 120 Millionen US-Dollar entstehen. […]
Verschärft wird die Situation durch das von osteuropäischen Staaten verhängte Importverbot für ukrainisches Getreide. Es läuft zwar im September aus, aber fünf Anrainerstaaten der Ukraine drängen bereits auf eine Verlängerung.
Vor diesem Hintergrund wachse auch in anderen EU-Ländern der Widerstand gegen eine weitere Alimentierung der Ukraine. Eine weitere diplomatische Quelle sagte Reuters, einige Staaten seien nicht bereit, die zusätzlichen Transportkosten zu finanzieren, wenn das Importverbot bestehen bleibe.
Quelle: Telepolis

9. **Chinesisches Militär brüskiert Einladung zur Verteidigungskonferenz, sagt US-Admiral**
(..) Admiral John Aquilino, Chef des Indo-Pazifik-Kommandos, sagte auf dem Aspen Security Forum in Colorado, dass Versuche, mit seinen Kollegen von der Volksbefreiungsarmee in Kontakt zu treten, ignoriert oder abgelehnt worden seien, darunter auch eine kürzlich ausgesprochene Einladung zur Teilnahme an der jährlichen Konferenz der Verteidigungsminister in Fidschi im nächsten Monat, wie Bloomberg berichtet.
“Wir haben eingeladen, aber noch keine Antwort erhalten”, sagte Auillino.
Zhou Chenming, ein Forscher der in Peking ansässigen Denkfabrik für Militärwissenschaft und -technologie Yuan Wang, sagte, China habe seine Besorgnis über Washingtons Förderung engerer Beziehungen zu Taiwan, die Zusammenarbeit mit asiatischen Verbündeten zur Eindämmung Chinas und die verstärkte militärische Aufklärung in der Nähe der chinesischen Küste zum Ausdruck gebracht.
“Peking hat jedoch das Gefühl, dass Washington sich diesen Bedenken gegenüber taub stellt und die US-Marine ihre Provokation fortsetzt, indem sie Flugzeuge über die

Straße von Taiwan schickt", sagte Zhou und bezog sich dabei auf den Überflug einer P-8A Poseidon letzte Woche.
"China ist entmutigt, weil hochrangige US-Beamte, darunter Außenminister Antony Blinken und Verteidigungsminister Lloyd Austin, alle beteuern, dass sie keinen Konflikt zwischen den beiden Ländern wollen", so Zhou weiter." Aber bis jetzt hat Washington keine Schritte unternommen, um die Spannungen abzubauen…
Quelle: South China Morning Post

10. **Ernster Warnschuß aus Peking**
Exportkontrolle bei wichtigen Halbleiterrohstoffen.
Die chinesische Regierung hat den Export des selten vorkommenden Metalls Gallium und des Halbmetalls Germanium unter Ausfuhrkontrolle gestellt. Noch sind keine Einschränkungen der Exportmengen bekannt, aber ab dem 1. August müssen für den Export dieser Rohstoffe aus der Volksrepublik Ausfuhrgenehmigungen vorliegen…
Die chinesische Entscheidung bedeutet eine weitere Gegenmaßnahme im von Washington gestarteten hybriden Krieg um Hightech-Dominanz, mit dem die Volksrepublik in ihren Entwicklungsmöglichkeiten behindert und letztlich in eine untergeordnete Position im Verhältnis zu den USA gezwungen werden soll. Präsident Xi Jinping hatte schon im Mai 2019 bei einem Besuch in der Provinz Jiangxi auf Chinas führende Weltmarktposition bei der Förderung und Verarbeitung von Erdmetallen hingewiesen. Einige dieser – allerdings nicht insgesamt seltenen – 17 Mineralien sind für moderne Hightech-Produkte, wie beispielsweise das Apple-iPhone, unverzichtbar. China deutet mit diesen noch sehr zurückhaltenden Hinweisen an, daß es in dem von der Biden-Regierung offen ausgerufenen Technologiekrieg keineswegs ohne Mittel dasteht – auch ohne auf eine mögliche Unterstützung durch die de facto verbündete Rohstoffsupermacht Rußland zurückgreifen zu müssen…
Quelle: ZLV

11. **Die nächste Aggression, die die USA gegen Venezuela vorbereiten**
In diesem Jahr hat die Legislative in Washington drei Gesetzesentwürfe gegen Venezuela in den US-Kongress eingebracht: den Prohibition of Transactions and Leases with Venezuela's Illegitimate Authoritarian Regime Act, den Venezuelan Human Rights "AFFECT" Act und den Venezuelan Democracy Act. Die Gesetzesentwürfe haben einen gemeinsamen Nenner: den Druck der Blockade weiter zu erhöhen und ihr einen Rahmen der "humanitären Hilfe" aufzuerlegen.
Im Mittelpunkt dieses Artikels steht das venezolanische Demokratiegesetz, das im vergangenen März in den neu installierten US-Senat eingebracht wurde…
Das Gesetz ist ein aufstrebendes Megaprojekt des administrativ-interventionistischen Managements gegenüber Venezuela, das mit der Skizzierung des Fahrplans beginnt, den sie in einem nächsten Zwangsszenario anwenden möchten, und das durch seine

Artikel versucht, die Richtlinien für die gesamte US-Staatsstruktur festzulegen, um sich an der nicht so innovativen Operation gegen Venezuela zu beteiligen…
Mehr Blockade, mehr "Sanktionen
Um jede Art von Finanzierung der venezolanischen Regierung zu verhindern, sieht das Gesetz im Abschnitt über die Verhängung von "Sanktionen" vor, dass der Finanzminister der Vereinigten Staaten befugt ist, jede Zahlung oder jedes Darlehen zurückzuhalten, das von einer internationalen Finanzinstitution wie dem Internationalen Währungsfonds, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur und anderen genehmigt wurde.
Um den Aktionsradius dieser hängenden Initiative zu erweitern, ist außerdem vorgesehen, dass die US-Regierung andere Regierungen ermutigen soll, jegliche Handels- und Kreditbeziehungen mit Venezuela einzuschränken. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass Zwangsmaßnahmen gegen jede ausländische Regierung verhängt werden, die der venezolanischen Regierung Hilfe oder Unterstützung anbietet.
Angeblich soll ein Paragraph jegliche Finanzierung von PDVSA verhindern…
Eine Überprüfung dieses Gesetzentwurfs zeigt, dass sein Wortlaut als Verfassung für Venezuela gelten soll, mit freundlicher Genehmigung der Vereinigten Staaten.
Sollte dieses Gesetz in Kraft treten, könnte es jeden Weg zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zunichte machen.
Quelle: Popular resistance